

**„Wissenskommunikation und Landessprache
Die gesamtgesellschaftliche Verantwortung von
Forschung und Lehre“**

**Gemeinsame Veranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung und des
Arbeitskreises Deutsch als Wissenschaftssprache (ADAWIS) e.V.**

Bildungszentrum Kloster Banz, 22. – 24. 10. 2023

Bereits seit vielen Jahren wird auf verschiedenen Ebenen über bestehende Defizite in der „Wissenschaftskommunikation“ diskutiert. Doch niemals wurde bisher deren Abhängigkeit von der Sprache beachtet. Der Begriff „Wissenschaftskommunikation“ kann vieldeutig aufgefasst werden, daher konzentrierte sich die Tagung auf die „Wissenskommunikation“, die so heterogene Partner wie Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Medien, Wirtschaft und eine breite Laienöffentlichkeit zusammenzubringen imstande sein muss.

Das erste Podium stellte klar, dass die genannten Bereiche völlig unterschiedlichen Logiken und Zielen folgen. So fordert wissenschaftliche Ethik das neutrale, interessenfreie Streben nach Erkenntnis und verbietet den Wissenschaftlern, „politische“ Entscheidungen zu treffen. Politik andererseits muss stets eigenverantwortlich Entscheidungen treffen. Die unterschiedlichen Interessen und Herangehensweisen der Kommunikationspartner müssen transparent gemacht, verstanden und berücksichtigt werden, um zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu gelangen. Es wurde gezeigt, dass alle Beteiligten gegenüber den jeweils anderen gesellschaftlichen Akteuren für diese „Übersetzungsleistungen“ in der Verantwortung stehen und die Wissenschaft diese nicht auf den Wissenschaftsjournalismus abwälzen kann.

In der Forschung hat sich bekanntlich das Englische (in einer vereinfachten Form) in vielen Disziplinen als einzige Verkehrssprache durchgesetzt, was für den raschen weltweiten Wissensaustausch (internationale Fachjournale, internationale Kongresse usw.) zweifellos von Vorteil ist. Doch auch für diesen zunächst nur binnenwissenschaftlichen Austausch birgt die Dominanz einer einzigen Wissenschaftssprache Gefahren, weil dies zu einer Dominanz der in dieser angelegten Terminologien und von Wissenschaftskulturkreis-spezifischen Denkweisen führt. Diese Problematik wurde in zwei Vorträgen eindrücklich vor Augen geführt.

Das zweite Podium beschäftigte sich mit dem von Politikern immer wieder vorgebrachten Argument, externe Wissenskommunikation (d.h. zwischen Wissenschaft und übriger Gesellschaft) sei unabhängig vom wissenschaftsinternen Diskurs. Die Diskussion führte zu dem Ergebnis, dass eine solche Trennung nicht gerechtfertigt werden kann. Ein wichtiges Scharnier zwischen den beiden Diskursebenen ist nämlich die akademische Lehre, in der die Wissenschaft nur zum geringsten Teil ihren eigenen Nachwuchs heranbildet. Zum größten Teil werden hier die zukünftigen Fachkräfte ausgebildet, die weiterhin befähigt bleiben müssen, in ihren später außerhalb des Wissenschaftsbetriebs angesiedelten Tätigkeitsfeldern wissenschaftliche Expertise und gesamtgesellschaftliche Fragen in der Landessprache zusammenzuführen. Den Hochschulen kommt hier ein Sicherstellungsauftrag zu. Die gänzliche Abschaffung deutschsprachiger Lehrangebote an immer mehr Hochschulen bringt somit die Frage nach der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft ins Spiel. Die dramatische Absenkung des Umfangs und des Niveaus der Lehrinhalte, die man in einer ausschließlichen Lehre in der Fremdsprache Englisch beobachtet, wurde in diesem Zusammenhang mehrmals thematisiert.

Immer mehr wissenschaftliche Einrichtungen in Deutschland präsentieren sich ihrem gesellschaftlichen Umfeld nur noch auf Englisch. Vor diesem Hintergrund führte das dritte Podium die Frage nach der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft fort und stellte die Frage, wie eine Kommunikation, die in einer auf Wissensteilhabe ausgelegten demokratischen Gesellschaft unterschiedlichste Interessen und Herangehensweisen im Blick behält, zukünftig stattfinden kann. Wie also kann die Spaltung der Gesellschaft zwischen der breiten Bevölkerung und den „Gebildeten“ überwunden werden, wenn letztere nur noch auf Englisch kommunizieren? Es zeigte sich, dass es letztlich um nichts weniger als eine weitere Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt geht.

„Internationalisierung“ der Hochschulen ist ein viel strapazierter Begriff, doch nirgends findet sich eine schlüssige Definition hierfür. Als Ausdruck der Internationalität werten die Hochschulen meistens nur die Umstellung der Lehrsprache auf das Englische. Doch diese Gleichsetzung ist ein gedanklicher Kurzschluss. Oftmals scheint die sprachliche Umstellung – insbesondere an kleineren Standorten – auf wirtschaftliche und strukturpolitische Motive zurückzugehen. Diese Standorte sehen sich oft gezwungen, angesichts eines Überangebots an Studienplätzen möglichst viele Bewerber aus dem Ausland anzuwerben und für diese das Anforderungsniveau so niedrig wie möglich zu halten, um ihr eigenes Überleben zu sichern. Immer wieder wurde daher die Frage gestellt, ob tatsächlich so viele Hochschulabsolventen benötigt werden (von denen viele, sofern sie aus dem Ausland kommen, nach dem Abschluss

ohnehin das Land wieder verlassen bzw. aufgrund fehlender Deutschkenntnisse nicht in unseren Arbeitsmarkt integriert werden können) oder ob es nicht sinnvoll wäre, die Zahl der Studienplätze auf ein bedarfsgerechtes Maß zu reduzieren.

Erhellende Einsichten lieferten die Referenten aus dem europäischen Ausland, wo die Landessprachen im akademischen Bereich ebenfalls unter Druck geraten. In Frankreich und in Italien gibt es Gesetze bzw. Gerichtsurteile, die den Vorrang der Landessprache festlegen, doch die Universitäten ignorieren diese Vorgaben bislang. Weitere rechtliche Schritte werden deshalb vorbereitet. In den Niederlanden haben die „Internationalisierungs“-Maßnahmen die Situation so weit außer Kontrolle geraten lassen, dass inländische Studienbewerber bereits spürbar benachteiligt werden. Eine Gesetzesinitiative sieht daher die verbindliche Rückkehr zur niederländischen Sprache in einem Großteil der Studiengänge vor.

In der abschließenden Runde dieser Tagung, welche zum ersten Mal die Wichtigkeit der Sprachwahl für die Wissenskommunikation thematisierte, wurden politische Möglichkeiten für eine zukünftige Sprachenpolitik erörtert. Konsens bestand darüber, dass neben dem Englischen als Verständigungssprache auch die Landessprache in ihrer wissenschaftlichen Varietät genutzt werden muss. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde u.a. vorgeschlagen, Publikationen nicht nur auf Englisch in internationalen Fachzeitschriften zu veröffentlichen, sondern auch ins Deutsche bzw. aus dem Deutschen ins Englische zu übersetzen sowie für ausländische Studenten verpflichtende, in die Curricula integrierte, kostenfreie Deutschlernmodule einzuführen. Entscheidend ist es jedoch, nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Inland, sondern auch die europäische Ebene im Blick zu behalten. Die Mehrsprachigkeit, die Einheit in Vielfalt, ist Europas großes intellektuelles und identitätsstiftendes Kapital. Dieses muss gerade im akademischen Bereich erschlossen werden.

Keine einzige wissenschaftliche Disziplin hat bisher eine wissenschaftssprachpolitische Wende im Sinne der Mehrsprachigkeit vollzogen. Es ist denkbar, dass sich solche wissenschaftsinternen Selbstblockaden auflösen, wenn das gesellschaftliche Umfeld des Wissenschaftsbetriebes sich einer bewussten Förderung der institutionellen und individuellen Mehrsprachigkeit zuwendet. Insbesondere ein internationaler *nachbarsprachlicher* Austausch in einer regional vernetzten europäischen Zivilgesellschaft könnte auch für den akademischen Bereich ein wichtiges Momentum darstellen.